



# Vorsorgeforum

Der Newsletter zur 2. Säule

**361** 11.6.2018

[BVG-Aktuell](#) / [Termine](#) / [Links](#) / [Themen](#)



Newsletter als **pdf** zum Herunterladen und Ausdrucken

An \*|FNAME|\* \*|LNAME|\*

## KOMMENTAR

### Kuhhandel?

In den letzten Tagen war viel von Kuhhandel zu lesen. Eigentlich ein Affront gegen unsere Bauernsamen. Denn was sich im Ständerat bei der Verkoppelung von Steuern und AHV abgespielt hat, ist damit ganz unzutreffend charakterisiert. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der Deal klar als Schutzgelderpressung der Linken, welche das nicht ganz zuverlässige Versprechen abgegeben haben, dafür auf ein Referendum gegen die SV17 zu verzichten. Es wird zwar versucht, das als Geschäft auf Gegenseitigkeit anzupreisen, aber davon kann keine Rede sein.

Verschiedentlich wurde die Meinung vertreten, das Vorgehen sei «sehr pragmatisch» (TA). Das ist Ansichtssache. Der Erpresste hat abzuschätzen, wie hoch sein Risiko ist und wie viel er für dessen Beseitigung auszugeben bereit ist. Falls der potenzielle Schaden deutlich über der erpressten Leistung liegt und die Eintretenswahrscheinlichkeit des Schadenfalls nahe 100 Prozent, könnte man die Bezahlung durchaus pragmatisch nennen. Allerdings hat die rationale Beschönigung eine unschöne Kehrseite. Auf dieser stehen so hässliche Begriffe wie Feigheit, Opportunismus, Prinzipienlosigkeit.

Es handelt im Kern zwar um eine pervertierte Form von Versicherungsprämie, doch sollten sich beide Seiten über die Natur des Geschäfts keine Illusionen machen und es vor allem nicht als Gegenfinanzierung, Kompromiss oder sonstige Mogelpackung verkaufen. Der Adressat dieser Taktiken, das angeblich tumbe Volk, durchschaut solche Spielchen nämlich oft schneller als der classe politique lieb sein kann. Und reagiert erst mit Unglauben, dann mit Verärgerung und Verachtung und legt schliesslich ein Nein in den Briefkasten.

Denn die Genfer Genossen und erwartungsgemäss auch die Jungbolschewiken haben bereits mit dem Referendum gedroht und auch die GLP will das Doppelpaket vors Volk bringen, falls es so durch den Nationalrat geht. Allerdings muss man sich bei Letzteren auf riskante Wendemanöver kurz vor der Zielgeraden gefasst machen. Immerhin besteht Hoffnung, dass dem Souverän die Chance gegeben wird, sich zum Paket zu äussern. - Eigentlich blöd, weil der Versuch, das Referendum zu verhindern, genau der Anlass für ein Referendum sein könnte.

Was soll man sonst noch zu diesem «Deal» sagen, ausser dass er gegen die guten Sitten verstösst? Klar ist, dass damit die AHV-Reform torpediert und absehbar auch die BVG-Reform schwer in Mitleidenschaft gezogen wird. Also massive Kollateralschäden verursacht, die man unter der Bundeskuppel locker hinzunehmen bereit scheint. Man tut einen Schritt und kümmert sich keinen Deut um die damit vorgespurten zweiten und dritten. Der Horizont reicht genau bis zu den nächsten Wahlen: Nach uns die Sintflut, wie einst Madame de Pompadour nach der Schlacht bei Rossbach ausgerufen hat. Die Frau hatte Nerven.

Peter Wirth, [E-Mail](#)



The banner features a blue abstract graphic of numbers and symbols on the left. The main text reads 'Investment Consulting' in a large, black, serif font. Below this, in a smaller black font, are the services: 'RiskAnalyzer • ALM Studien • Manager Selection & Monitoring • Investment Controlling'. At the bottom left is the 'Aon Hewitt' logo. At the bottom right, there is a call to action: 'Klicken Sie hier um mehr zu erfahren' followed by a red circular arrow icon.

## FACHMESSE 2. SÄULE UND SYMPOSIUM 2018

# Vorsorge Symposium und Fachmesse 2. Säule 2018





Die vom VPS Verlag organisierte Fachmesse 2. Säule - der grosse Branchentreff in Zürich - zählte heuer 2414 Besucher, rund 130 Aussteller waren präsent. Erstmals fand innerhalb der Fachmesse ein Vorsorge-Symposium statt, an dem unter anderem die Themen Digitalisierung, illiquide Anlagen sowie Führung diskutiert wurden. Neben fachlichen Inputs erlaubten Speaker wie Theo Waigel, Evelyne Binsack oder Bernhard Heusler einen Blick über die Fachgrenze hinaus.

## AHV UND FIRMENSTEUER

# Ständerat stimmt SV/AHV-Deal zu

8. Juni 2018



Die NZZ berichtet über die Annahme der Steuervorlage 17 in Kombination mit der AHV-Finanzierung im Ständerat.

"Glücklich ist die kleine Kammer nicht über den AHV-Kompromiss zur Steuervorlage. Mangels Alternativen wurde das Geschäft aber deutlich mit 34 Ja-Stimmen zu fünf Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen.

Dennoch gab es Kritik. Es sei keine gute Vorlage, sagte Martin Schmid (Graubünden, fdp.) am Donnerstagmorgen in der Eintretensdebatte. Vor dem Hintergrund der abgelehnten Unternehmenssteuerreform III sei es aber die beste Lösung. Auch Peter Hegglin (Zug, cvp.) will zustimmen, «weil wir für ein ernsthaftes Problem eine tragfähige Lösung brauchen». Für Hannes Germann (Schaffhausen, svp.) ist es ein Geben und Nehmen. Im Vordergrund stehe der Wille zu einer tragfähigen Lösung. Die Schweiz brauche eine Lösung, betonte auch Peter Föhn (Schwyz, svp.). Die Rechte sprach jedoch nicht mit einer Stimme.

Alex Kuprecht (Schwyz, svp.) will die Vorlage ablehnen. Er sieht in der Verknüpfung von Unternehmenssteuerreform und Altersvorsorge eine Entmündigung der Stimmbürger. Das Vorgehen sei vielleicht nicht gerade Wahnsinn, sagte Thomas Minder (Schaffhausen, Parteilos.), «aber Blödsinn allemal». Für Werner Luginbühl (Bern, bdp.) ist es eine Bankrotterklärung, wenn man mit Gegengeschäften Mehrheiten erkauft.

Die Linke ist vom Kompromiss ebenfalls wenig begeistert, signalisierte aber Zustimmung. Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.) sprach von einem «vernünftigen Vorgehen», Roberto Zanetti (Solothurn, sp.) gar von einer «Sternstunde des Parlamentarismus». Damit meinte er allerdings nicht die Vorlage selber, sondern die Ausmarchung in der Wirtschaftskommission (WAK), die die Lösung aufgegleist hat.

Zu reden gab auch die Einheit der Materie. Das Bundesamt für Justiz gab grünes Licht, auch wenn der sachliche Zusammenhang zwischen AHV und Unternehmenssteuerreform gemäss einem Gutachten nicht offensichtlich ist. Laut Andrea Caroni (Appenzell-Ausserrhodon, fdp.) ist der Gesetzgeber jedoch gar nicht zur Einheit der Materie verpflichtet. Sonst hätte das Obligationenrecht gar nie beschlossen werden dürfen, sagte er.



---

## Debatte um den WAK AHV-Deal

2. Juni 2018

Im Tages-Anzeiger wägt Fabian Schäfer die Chancen pro und kontra AHV-Deal ab. Im Ständerat dürfte er durchgehen, im Nationalrat sieht es anders aus. Entscheidend sei die Haltung der FDP, meint er.

Im Ständerat dürfte die Idee breite Unterstützung finden. Im **Nationalrat** ist das weniger klar. Hier stösst die Kritik des Arbeitgeberverbands auf offene Ohren. Die SVP verlangte schon früh, die Erhöhung des Frauenrentenalters müsse Teil des Deals sein.

Auch **Jürg Grossen**, Präsident der Grünliberalen, hat grosse Mühe mit dem AHV-Teil des Pakets: «Es ist ungerecht und unehrlich, wenn wir die Debatte um das Rentenalter immer weiter verzögern und damit die Jungen zur Kasse bitten.» Grossen lehnt den Deal grundsätzlich ab: «Eine Verknüpfung sachfremder Themen grenzt an Nötigung des Stimmvolks und darf nicht Schule machen.» Falls sich die Verknüpfung nicht verhindern lässt, müsse auch ein höheres Rentenalter Teil des Deals sein.

Das heisst: Wenn die **FDP** mitmacht, ist im Nationalrat eine Mehrheit möglich, um das Rentenalter in die Reform zu integrieren. Die grosse Frage ist, ob die FDP das Risiko eingehen wird – im Wissen, dass die SP dann die Steuerreform wieder bekämpfen wird.

Vehemente Kritiker des Deals gibt es in der FDP durchaus. So sagt Nationalrat **Bruno Pezzatti**, er könne es nicht verantworten, dass das Parlament die überfälligen Reformen der AHV und der 2. Säule weiter hinausschiebe. Doch er legt sich noch nicht fest: Pezzatti sagt, er behalte sich vor, Nein zu stimmen, falls der Vorschlag des Ständerats unverändert übernommen werde.

Viele in der FDP teilen zwar die Bedenken, was die Altersvorsorge angeht, aber eine Mehrheit scheint die Steuervorlage höher zu gewichten. Vor diesem Dilemma steht auch die SVP. Daher ist gut denkbar, dass eine Allianz aus SVP, FDP und GLP im Nationalrat in der ersten Beratung im September ein höheres Rentenalter beschliesst, es aber in der Differenzbereinigung wieder kippt."



## Arbeitgeber: "Dieser Kuhhandel ist gefährlich"

1. Juni 2018



**Valentin Vogt**, Präsident des Arbeitgeberverbands, erklärt in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger seine Vorbehalte gegen den in der WAK-S ausgeheckten Deal mit der Verbindung von SV17 und AHV-Finanzierung. Auszüge:

**Ständeräte von SP bis SVP wollen die Reformen von Firmensteuern und [AHV](#) verknüpfen. Ihr Verband ist der einzige grosse Player, der diesen Kompromiss ablehnt. Sind Sie gern der Spielverderber?**

Im Gegenteil, wir finden einen solchen Kuhhandel zwar sachlich falsch, akzeptieren ihn aber unter einer Bedingung: Wenn das Parlament unbedingt eine sachfremde Verknüpfung mit der AHV will, soll es diese weiter fassen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre für Frauen und 66 Jahre für Männer gehört auch in das Paket. So hätten wir zum einen eine gute Steuerreform. Zum anderen hätten wir für die Lösung der grundlegenden Probleme der AHV einen ersten Schritt gemacht, mit dem wir etwa zehn Jahre Zeit gewinnen würden.

**Aber Sie wissen genau, dass der Deal dann tot ist, weil die SP aussteigt und das Referendum ergreift.**

Wir befinden uns am Anfang des parlamentarischen Prozesses. Wir wissen ja auch nicht, ob die Linke den Kuhhandel der Ständeräte am Schluss wirklich unterstützen wird. Es würde mich nicht überraschen, wenn die SP wieder einmal kippt und unter dem Druck von links aussen das Referendum unterstützt. Ein Referendum wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit geben, wenn das Parlament zwei sachfremde und brisante Reformen verbindet.

**In Ihrer Version müsste das Volk über ein Paket abstimmen, das gleichzeitig ein höheres Rentenalter und eine umstrittene Steuerreform umfasst. Das scheint auf Anhieb nicht sehr aussichtsreich.**

Das werden wir sehen. Das Volk ist mündig und hat in der Vergangenheit mit viel Sachverstand abgestimmt. Immer mehr Leute verstehen, dass es gegenüber den Jungen ungerecht ist, die unumgängliche Erhöhung des Rentenalters noch länger zu verzögern. Zudem ist es für die Stimmbürger verlockend, bei zwei so schwierigen Geschäften auf einen Schlag eine längerfristige Lösung zu haben.

[weiterlesen ...](#)

---

## Levrat: “Zwei Fliegen auf einen Streich”

1. Juni 2018



In einem Interview mit dem Tages-Anzeiger erklärt SP-Präsident Christian Levrat, warum es sich für seine Partei lohnt, den Widerstand gegen die Reform der Unternehmenssteuer aufzugeben. Auszüge:

**Seit wann gab es den Geheimplan?**

Von einem Geheimplan kann keine Rede sein. Die Idee entstand vor rund vier Monaten, als klar wurde, dass die AHV dieses Jahr ein grosses strukturelles Defizit haben würde. Unser Antrieb war, die zwei wichtigsten politischen Probleme bis zu den Wahlen 2019 zu lösen: die dringliche Sanierung der AHV und die dringliche

Reform der Unternehmenssteuern. Mit diesem Kompromiss schlagen wir zwei Fliegen auf einen Streich.

**Wäre es nicht die Aufgabe des Bundesrates, einen solchen Kompromiss zu finden?**

Bundesrat Ueli Maurer hat es versucht. Seine Idee des sozialen Ausgleichs mit dem höheren Kindergeld war gut. Aber sie war zu bescheiden, und sie hätte vielen Leuten nichts gebracht. Jetzt haben wir eine viermal höhere soziale Ausgleichsmassnahme: Wir erhalten 2 Milliarden jährlich für die AHV. Dieser Kompromiss ist ein Erfolg für die SP.

**Warum?**

Das von Bürgerlichen geforderte höhere Frauenrentenalter ist damit vom Tisch. Auch die Ideen der Arbeitgeber für eine generelle, stufenweise Erhöhung des Pensionsalters werden obsolet. Die Leute können aufatmen. Die AHV wird finanziell bis 2024 oder 2025 gesichert. So bleibt Zeit, um eine vom Volk akzeptierte Rentenreform zu schnüren.

### **Liessen sich die Bürgerlichen von Ihnen über den Tisch ziehen?**

Nein. Sie erhalten die Gewinnsteuerreform, die sie unbedingt wollten, und sie zahlen einen hohen Preis dafür. Es ist uns gelungen, die Kosten der Steuerreform zu senken und auch wichtige Korrekturen an der früheren Reform bei der Dividendenbesteuerung und dem Kapitaleinlageprinzip vorzunehmen.

### **Der Arbeitgeberverband und die SVP wollen den AHV-Deal nur akzeptieren, wenn gleichzeitig das Rentenalter der Frauen erhöht wird.**

Das werden wir sehen. Ich denke, das sind taktische Spielchen. Sollten die Bürgerlichen eine Erhöhung des Rentenalters in die Vorlage bringen, ist der Kompromiss erledigt. Dann ergreift die SP das Referendum dagegen.

### **Breite Kreise stören sich an der sogenannten Gegenfinanzierung, weil sie gar keine ist. Die Steuerausfälle in den Kantonen und Gemeinden sind nicht kleiner.**

Gegenfinanzierung ist missverständlich. Es ist eine soziale Kompensation, die allen zugute kommt.



---

## Petra Gössi zum AHV-Deal

9. Juni 2018



In der Luzerner Zeitung äussert sich die Nationalrätin und FDP-Präsidentin Petra Gössi zum Deal im Ständerat:

### **Petra Gössi, haben sich die Bürgerlichen beim AHV-Steuer-Deal über den Tisch ziehen lassen?**

Nein. Was wir bei der Steuervorlage erreicht haben, wäre noch vor kurzem undenkbar gewesen. Wir haben die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III verloren, und trotzdem haben wir im neuen Paket wichtige Punkte durchgebracht – wie die Dividendenbesteuerung und den Steuerabzug auf Eigenfinanzierung. Und bei der AHV handelt es sich um eine Finanzierung, die das Sozialwerk sowieso braucht.

### **Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands, fordert strukturelle Anpassungen. Er will das Rentenalter der Frauen auf 65 und der Männer auf 66 Jahre erhöhen.**

Vogt geht zu weit. Klar ist aber, dass das Rentenalter 65 für Frauen nicht vom Tisch ist.

### **Genau das sagt aber SP-Präsident Christian Levrat.**

Der Druck auf eine Reform der AHV wird nicht verschwinden. Die Finanzspritze deckt nur rund 40 Prozent des AHV-Finanzierungsbedarfs.

### **Die SVP will das Rentenalter schon im Rahmen der Steuervorlage auf 65 erhöhen. Zieht die FDP mit?**

Wir warten ab, wie die Diskussion im Ständerat läuft. Entscheidend ist zudem, was Bundesrat Alain Berset in seiner AHV-Reform vorschlägt, die er im Sommer präsentieren will. Wenn

darin nichts Substanzielles enthalten ist, werden wir die Erhöhung des Frauenrentenalters in die Steuervorlage diskutieren.

**Mit dem AHV-Steuerpaket verschenken die Bürgerlichen jedes Pfand, das sie für einen künftigen Kompromiss mit der Linken brauchen könnten: Mehrausgaben des Bundes und höhere Lohnbeiträge.**

Mir wäre es lieber gewesen, die AHV über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu finanzieren. Dann hätten wir mehr Verhandlungsspielraum. Doch wenn nun die SP sagt, mit den Geldeinschüssen sei alles in bester Sahne, dann ist sie blind. Wenn wir feststellen sollten, dass der Druck auf eine Reform wegfällt, dann bringt das AHV-Steuer-Päckli nichts.

**Das Ergebnis ist absehbar. Die Einigkeit erschlägt einen fast.**

Die Erfahrung zeigt: Wenn wir ein Paket haben, das der Nationalrat nur noch absegnen soll, reicht ein erfolgreicher Antrag, und die Balance ist weg. Das ist das Risiko eines fest geschnürten Pakets.

 [Luzerner Zeitung](#)

*Beratung heisst Umsetzung*

[www.slps.ch](http://www.slps.ch)

*Pension Services AG*



## PENSIONSKASSEN

# BLPK: Rentenkürzungen bis 7%

1. Juni 2018



Der Baselbieter Landrat hat mit 67 gegen 18 Stimmen der Regierungsvorlage zur Sanierung der kantonalen Pensionskasse zugestimmt. Allerdings sollen die Renten der Kantonsangestellten statt um bis zu vierzehn Prozent um maximal sieben Prozent sinken.

Abgelehnt hat der Landrat jedoch in einer mehrstündigen Debatte eine zusätzliche Abfederungseinlage der Grünen und der SP. Die Angestellten seien nicht Schuld an den veränderten Rahmenbedingungen. Zudem hätten sie in den letzten Jahren schon viele



«bittere Pillen» schlucken müssen, begründete eine Sprecherin der Grünen/EVP den Antrag ihrer Fraktion.

Die FDP dagegen lehnte weitere finanzielle Abfederungen ab. Durch diese falle die Vorlage aus dem Gleichgewicht, argumentierte eine Fraktionssprecherin. Mit der Regierungsvorlage würden Arbeitgeber und Arbeitnehmende etwa gleich stark belastet, was fair sei. Die Vorlage sei eine «Anpassung an die Realität», hiess es mehrfach.

Gegen eine zusätzliche Abfederungseinlage hatte sich auch die Regierung ausgesprochen. Der Kanton habe sich schon bei der per Anfang 2015 vollzogenen Rentenreform stark finanziell engagiert. Die BLKP wurde damals einer Reform unterzogen und ausfinanziert. Damit war auch der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat verbunden.

 [SRF](#) / [BaZ](#) / [Mitteilung BL](#) / [BZ](#)

---

## BL: Rechtsgutachten bejaht Streikrecht der Lehrer gegen PK-Reglementsänderung

9. Juni 2018



Der Baselbieter Lehrerverein, der sich mit den Beschlüssen des Landrats zur Senkung des Umwandlungssatzes nicht anfreunden kann, hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, welches das Streikrecht der Lehrer in dieser Frage zu analysieren hatte. Wie allgemein üblich bestätigt das Gutachten die Ansicht des Auftraggebers. Im Gutachten von Poledna / Trümpler heisst es u.a.

Es gilt zu beachten, dass die Rechtssetzungsnorm des Dekrets es mit sich bringt, dass Betroffene, welche sich mit den ihnen vorgesetzten Bedingungen bei den Pensionskassenansprüchen und den diesbezüglichen Entscheidungen des Arbeitgebers nicht einverstanden erklären können, sich zum einen nicht mit demokratischen Mitteln gegen das Volk – d.h. die politische Gemeinschaft als solche – zur Wehr setzen würden, sondern mit ihren diesbezüglichen Forderungen und den entsprechenden Arbeitskämpfmassnahmen klarerweise (nur) ihren Arbeitgeber adressieren.

Zur Angemessenheit im aktuellen Fall wird ausgeführt:

Mit Blick auf die vorliegende Situation, ist zu konstatieren, dass sich die betroffene Arbeitnehmerseite und die Arbeitgeberseite – insbesondere bei Letzterer, der zum Entscheid berufene Landrat – in einem länger schon anhaltenden Diskurs zu den besagten Themen stehen. So wurden die Mitglieder des kantonalen Parlaments und auch jene der Kantonsregierung in verschiedenen Aktionen für das Anliegen des LVB sensibilisiert.

[weiterlesen ...](#)



**Denn ich vertraue einem engagierten Partner**

Mit verschiedenartigen Vorsorgewerken bietet die Previs Lösungen für Unternehmen jeder Grösse – mit freier Planwahl und Festlegung der Anlagestrategie. Überzeugen Sie sich von der persönlichen Kundenbetreuung.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

**previs**  
Vorsorgen mit Durchblick

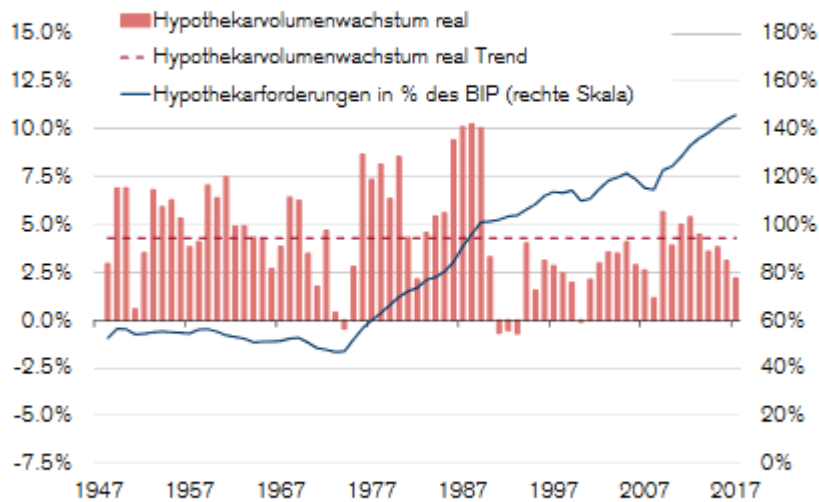
## KAPITALANLAGEN

# CS Immobilien-Monitor

9. Juni 2018

### Hypothekarwachstum weit unter Trendwachstum

Reales Wachstum des Hypothekarvolumens (Private und Firmen) sowie Verschuldungsquote in % des BIP



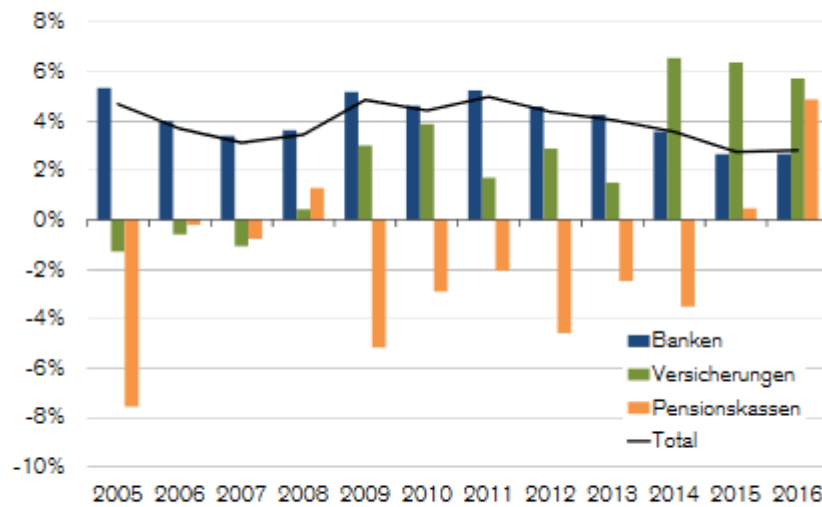
Quelle: Credit Suisse, Schweizerische Nationalbank

Die CS schreibt in ihrer neusten Ausgabe des Immobilien-Monitors zur Situation auf dem Hypotheken-Markt:

Traditionell ist die Hypothekarkreditvergabe in der Schweiz stark von den Banken geprägt. Per Ende 2017 hatten die Schweizer Banken ein Hypothekarvolumen von CHF 973.9 Mrd. ausstehend. Aber auch Versicherungen und Pensionskassen sind in diesem Markt tätig. Mit einem Volumen von CHF 36.7 Mrd. (Versicherungen, Stand: 2016) respektive CHF 14.4 Mrd. (Pensionskassen, Stand: 2016) sind diese im Vergleich zu den Banken aber nur Nischenanbieter mit einem Marktanteil von lediglich 5.1% per Ende 2016.

## : Nischenakteure melden sich zurück

Nominales Hypothekenvolumenwachstum der wichtigsten Anbietergruppen



Quelle: Schweizerische Nationalbank, Eidgenössische Finanzmarktaufsicht, Bundesamt für Statistik, Credit Suisse

Das Nischendasein von Versicherungen und Pensionskassen hat verschiedene Gründe. Einerseits ist die Vergabe von Hypotheken mit grossem Verwaltungsaufwand verbunden, beispielsweise für die Risikoprüfung und Abwicklung. Unter einer gewissen Mindestgrösse war die Hypothekarkreditvergabe gerade für kleinere und mittelgrosse Pensionskassen lange Zeit kein attraktives Geschäft. Erst im Tiefzinsumfeld der letzten Jahre entdeckten Versicherungen und Pensionskassen das Hypothekengeschäft wieder, aus dem sie sich zuvor immer mehr zurückgezogen hatten. Auf der Suche nach Rendite werden Hypotheken als eine attraktive Alternative zu Anleihenanlagen immer mehr geschätzt. Während die Versicherungen bereits im Jahr 2014 auf den Zug aufgesprungen sind, hat es bei den Pensionskassen etwas länger gedauert. Aktuell weisen beide Nebenanbieter markant höhere Wachstumsraten als die Banken auf.

 [Immobilien-Monitor / Finews](#)





Teilhabe

an unserer Expertise  
und Erfahrung aus einer Hand.

Jetzt profitieren

## PK-GESCHÄFTSFÜHRUNG

# EU-Datenschutz und Pensionskassen

31. Mai 2018



Der Pensionskassenverband hat seine Fachmitteilung Nr. 111 dem Thema "Bedeutung der DSGVO und die Schweizer Pensionskassen" gewidmet. In der Mitteilung heisst es:

"Grundsätzlich sehen wir für die PK in der Schweiz keine unmittelbaren Konsequenzen. Im Unterschied zu den Schweizer Unternehmen unterliegen Schweizer PK prinzipiell nicht der DSGVO, auch wenn sie Daten von Versicherten oder ihren Angehörigen bearbeiten, die in der EU bzw. im EWR wohnen (z.B. Grenzgänger/-innen oder Rentnerinnen und Rentner).

Eine solche Datenbearbeitung fällt zwar grundsätzlich in den räumlichen Anwendungsbereich der DSGVO (Art. 3 Abs. 2 DSGVO), es fehlen jedoch die anderen Voraussetzungen (vgl. nachfolgende Erwägungen), damit die DSGVO in geographischer Hinsicht greift. Die Schweizer PK sind demzufolge von der DSGVO nicht betroffen, d.h. von deren rechtlichen Sanktionen nicht bedroht. Vorbehalten bleibt (möglicherweise) die Erhebung von Gesundheitsdaten bei Grenzgängern/-innen aus einem EU-/ EWR-Mitgliedstaat anlässlich einer Gesundheitsprüfung im überobligatorischen Bereich durch eine Schweizer PK."

Die Fachmitteilung kann beim [ASIP](#) bezogen werden.

## VERSICHERTE

# Kontroverse zu 1e-Plänen

11. Juni 2018

In der NZZ berichtet Michael Ferber über eine Diskussion an der PK-Messe über Sinn und Probleme von 1e-Plänen.

Was haben die Versicherten von solchen 1e-Vorsorgeplänen? In einer Podiumsdiskussion an der vom VPS-Verlag organisierten Fachmesse zweite Säule vergangene Woche in Zürich trat **Jérôme Cosandey**, Vorsorgespezialist beim Think-Tank Avenir Suisse, für [mehr Wahlmöglichkeiten](#) für Versicherte in der beruflichen Vorsorge ein und begrüßte die Einführung von 1e-Plänen. Diese sorgten dafür, dass die Versicherten das in der zweiten Säule angesparte Geld mehr als ihr eigenes wahrnehmen.

**Beat Hügli** vom Pensionskassendienstleister Avadis nannte die Möglichkeit, unterschiedliche Anlagestrategien auszuwählen, als Vorteil für die Versicherten. Eine 26-Jährige und ein 63-Jähriger hätten oftmals völlig unterschiedliche Risikoprofile. Folglich sei nicht einzusehen, weshalb diese genau die gleiche Anlagestrategie verfolgen sollten. Man solle den Versicherten zutrauen, solche Entscheidungen zu treffen, und dürfe sie nicht entmündigen.

Auch **Reto Spring**, Präsident des Finanzplaner-Verbands Schweiz, betont die Vorteile von 1e-Plänen. Im Zusammenhang mit diesen Plänen werde oft davon gesprochen, dass es sich um eine «unsolidarische Haltung» handle, wenn Vorsorgegelder der Besserverdienenden in solche Sparpläne gesteckt würden, weil damit die Solidarität untergraben und die Umverteilung gefördert werde. Dazu sei zu sagen, dass die zweite Säule grundsätzlich nach dem Kapitaldeckungsverfahren finanziert werde – eine Umverteilung von Aktiven zu Rentnern oder von Besserverdienenden zu Schlechterverdienenden sei nicht angedacht.

**Hanspeter Konrad**, Direktor des Pensionskassenverbands Asip, sagte indessen in der Podiumsdiskussion bei der Fachmesse, die derzeitigen Wahlmöglichkeiten in der zweiten Säule genügten. Man dürfe nicht zu stark an den Grundfesten der Kollektivität in der beruflichen Vorsorge rütteln. Ab einem gewissen Lohnsegment seien 1e-Pläne vertretbar. Den derzeitigen Betrag von 126 900 Fr., ab dem solche Pläne möglich seien, solle man aber nicht weiter senken.



## Einführung in die berufliche Vorsorge

**Modulkurs, 5 Tage**  
7./14./21./28.11./5.12.2018, Luzern  
8./15./22./29.11./6.12.2018, Zürich-Flughafen

**Referenten**



**Jürg Schiller**      **Beatrice Eichenberger-Schäpper**

**SCHWEIZER PERSONAL VORSORGE**      VPS Verlag  
**PREVOYANCE PROFESSIONNELLE SUISSE**      Personalvorsorge  
und Sozialversicherung AG

**SOZIALPARTNER**

## Gewerkschaften zur Altersvorsorge

9. Juni 2018

SGB und Travail Suisse haben an einer Medienveranstaltung die Situation bei den Altersrenten thematisiert. SGB-Präsident Rechsteiner verwies insbesondere auf die

tendenziell sinkenden PK-Renten, ohne aber auf die steigende Lebenserwartung einzugehen. Wie üblich wurden auch die Versicherer kritisiert.

 [Mitteilung SGB mit Link zu Referaten](#)

## PERSONELLES

# Ambrosini neuer Präsident der Experten-Kammer und Managing Director von Libera

31. Mai 2018



Die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten hat an ihrer 48. Generalversammlung Benno Ambrosini, Libera, zu ihrem neuen Präsidenten gewählt.

Nach Ablauf der Amtszeit von Martin Wagner und dem Ausscheiden von Pascal Renaud wurden Ursula May und Emmanuel Vauclair von der Generalversammlung in den Vorstand gewählt.

Benno Ambrosini übernimmt turnusgemäss für zwei Jahre das Präsidium der SKPE als Nachfolger von Olivier Kern. Der Vorstand setzt sich nach der Generalversammlung wie folgt zusammen.

Präsident: Benno Ambrosini, Libera AG, Zürich Mitglieder: Olivier Kern, Pittet SA, Bern; Ursula May, cmp eglia da sa, Zürich; Emmanuel Vauclair, Pensionskasse SRG SSR, Bern

Die Generalversammlung hat eine Änderung der Statuten und ein neues Reglement Standes- und Rekurskommission genehmigt, sowie die revidierten Weiterbildungsrichtlinien für Mitglieder der SKPE verabschiedet. Die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten umfasst 205 Mitglieder.

### **Wechsel an der Libera-Spitze**

Praktisch gleichzeitig hat Ambrosini (48) die Leitung der Libera übernommen. Er folgt damit auf Jürg Walter, der mit Erreichen von Alter 60 planmässig die Leitung abgibt. Walter wird weiterhin seine Tätigkeit als Experte der Libera in vollem Umfang fortsetzen. Ambrosini ist seit 2007 Mitglied der Geschäftsleitung sowie des VRs. Matthias Wiedmer wird neues Mitglied der Geschäftsleitung.

 [SKPE](#) /  [Mitteilung Libera](#)

## PARLAMENT

## Motion Weibel: Mehr Flexibilität für PKs

31. Mai 2018



**Eingereicherter Text:** Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten um den Artikel 4 Absatz 2 Freizügigkeitsgesetz dahingehend zu ändern, dass Pensionskassen mehr Flexibilität erhalten. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die Freizügigkeitsleistung bei Ausbleiben einer Mitteilung bereits nach drei Monaten (statt sechs) und spätestens nach einem Jahr (statt zwei) einer Freizügigkeitseinrichtung ihrer Wahl zu überweisen.

**Stellungnahme des Bundesrates:** Eine Verkürzung der Sperrfrist von 6 Monaten auf 3 Monate für die Überweisung der Austrittsleistung an die Auffangeinrichtung würde zahlreiche unnötige Überweisungen zur Auffangeinrichtung und von dieser wieder zu einer anderen Freizügigkeits- oder Vorsorgeeinrichtung auslösen. Versicherte auf Stellensuche haben erfahrungsgemäss dringendere Anliegen als die Meldung einer Freizügigkeitseinrichtung. Eine längere Frist kommt ihnen daher entgegen.

Der Bundesrat beantragt Ablehnung.

 [Motion Weibel](#)

---

## Verordnungsveto für das Parlament

1. Juni 2018



Mit dem Verordnungsveto soll das Parlament ein Instrument erhalten, das als «Notbremse» gegen eine falsche Interpretation des Willens des Gesetzgebers durch Bundesrat und Verwaltung dient. Das vorgesehene Verfahren für die Ergreifung eines Vetos verhindert aber, dass in der Gesetzgebung unterlegene Minderheiten die Umsetzung des Willens des Gesetzgebers verzögern können.

Die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrates hat mit 19 zu 5 Stimmen den Vorentwurf zur Gesetzesänderung angenommen, welche die Einführung des Verordnungsvetos vorsieht ([14.422](#) Pa.Iv. Aeschi Thomas. Einführung des Verordnungsvetos). In den nächsten Tagen wird ein Vernehmlassungsverfahren zu dieser Vorlage eröffnet.

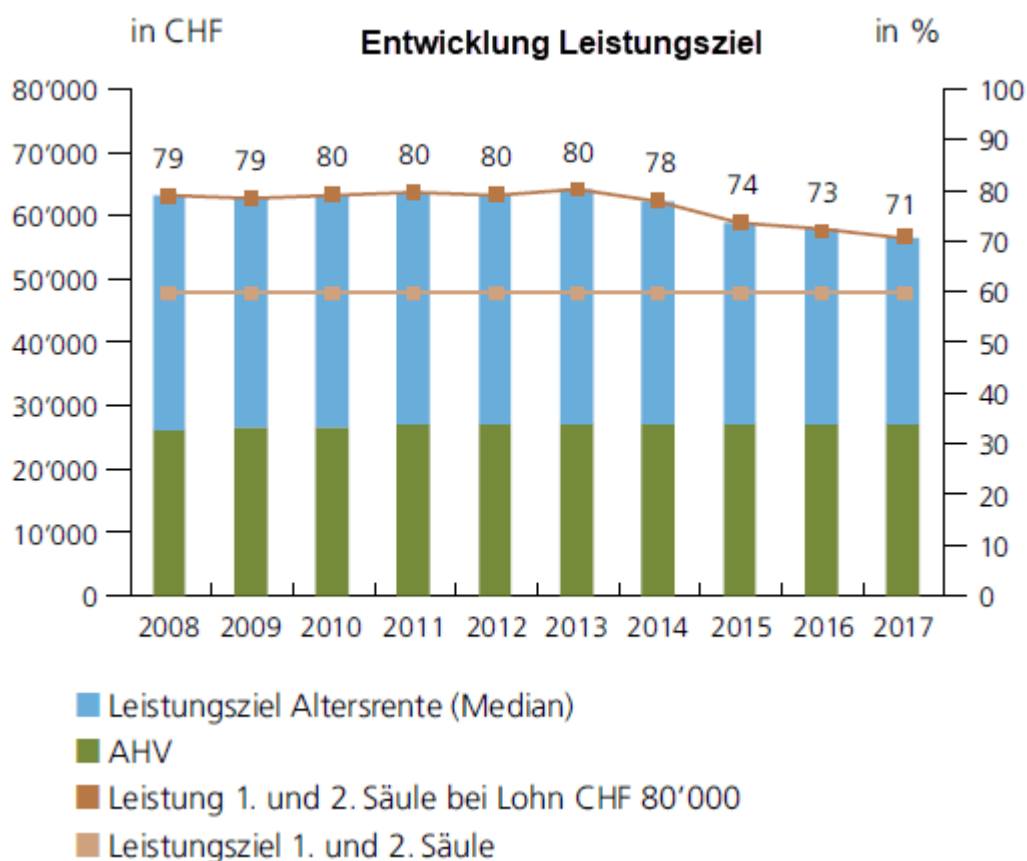
 [Mitteilung SPK-N](#)

STUDIEN - LITERATUR

# Swisscanto PK-Studie 2018: Rendite als Retter?

31. Mai 2018

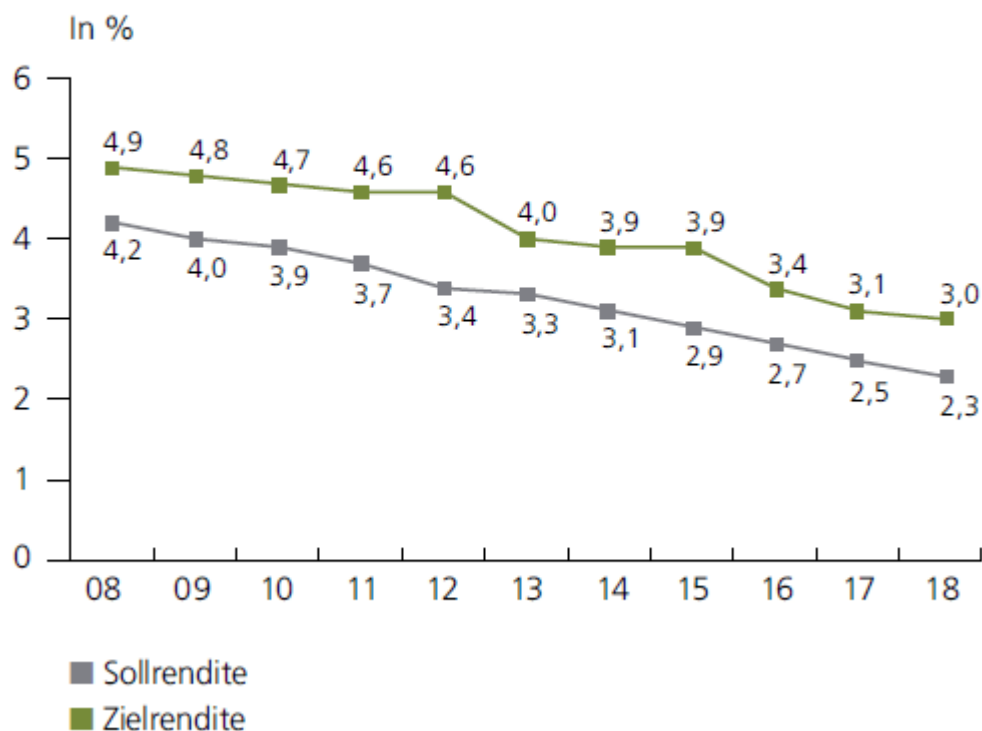
pw. Swisscanto hat die 18. Ausgabe ihrer Pensionskassen-Studie präsentiert. Mit 535 Vorsorgeeinrichtungen hat die Teilnahme an der Umfrage einen erneuten Höchststand erreicht. Erfasst wurden damit 680 Mrd. Vorsorgevermögen, 3,2 Mio. aktiv Versicherte und 900'000 Rentner. Damit können rund drei Viertel der beruflichen Vorsorge abgedeckt werden. Dank der Teilnahme vieler kleiner und praktisch aller grossen Pensionskassen geben die Resultate einen detaillierten Einblick in zahlreiche Aspekte der 2. Säule. Dazu gehören die Kapitalanlage, die technische Verwaltung und die Leistungsgestaltung. Angeschritten werden aber auch die Situation der Sammelstiftungen oder die unterschiedliche Verzinsung von Aktiven und Rentnern.



Bereits bekannt sind die gute Performance und damit verbunden der Anstieg der Deckungsgrade im Berichtsjahr 2017. Parallel dazu haben die Kassen ihre technischen Zinsen und Umwandlungssätze weiter gesenkt. Der Durchschnitt beim Umwandlungssatz liegt nun unter 6% und bewegt sich klar gegen die 5%-Marke. Bemerkenswert ist in diesen Zusammenhang der Rückgang der gemeldeten technischen Zinsen. Sie sanken in den letzten zehn Jahre von 3,6 auf durchschnittlich rund 2%.



## Soll- und Zielrendite seit 2008



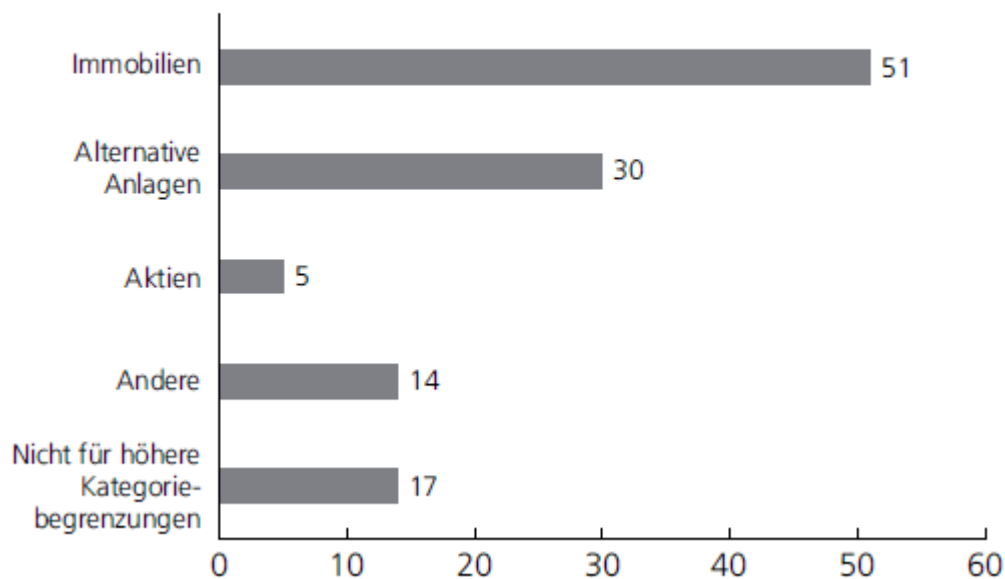
Dass dies ohne eigentlichen Leistungseinbruch über die Bühne ging, ist bemerkenswert und beweist das Engagement der Sozialpartner für die berufliche Vorsorge. Dass das Leistungsziel dennoch sinkt, kann hingegen auch nicht überraschen. Trotz boomenden Immobilien und einem ausgezeichneten Aktienmarkt sinkt seit fünf Jahren das Leistungsziel der autonomen Kassen kontinuierlich und erreicht noch 71 (2013: 80)%, wobei der Rückgang fast ausschliesslich auf den Anteil der 2. Säule zurückzuführen ist. Allerdings übersteigen die Leistungen weiterhin klar die informelle Zielgrösse von 60% für die Altersvorsorge. Letztlich können mittelfristig die hohen Leistungen aber nur mit einer Erhöhung des Rentenalters gesichert werden.

Wie gut das Anlagejahr 2017 ausgefallen ist, lässt sich daran erkennen, dass der berühmte "3. Beitragszahler" mit 64 Mrd. etwa das Dreieinhalbfache der Beiträge der Arbeitnehmer mit 18 Mrd. erbrachte (Arbeitgeber 26 Mrd.). Die Swisscanto hat das zum etwas euphorischen Titel "Renditen retten Rentensystem" veranlasst. Man ist versucht anzumerken "purve que ça dure" wie einst Napoleons Mutter angesichts der Siege ihres Sohnes.

Interessante Erkenntnisse bringt die Studie auch bezüglich der Entwicklung der Belastung durch Negativzinsen (zunehmend sind auch kleine Kassen betroffen) oder die Bedeutung der Erweiterungsbegründung bei Überschreiten der in der BVV2 gesetzten Anlagelimiten. Bald die Hälfte aller Kassen reichen solche Begründungen ein, was die Bedeutung der Limiten in Frage stellt. Die Begründungen betreffen überwiegend Immobilien (keine Überraschung) aber auch alternative Anlagen (in diesem Ausmass nicht erwartet).

## Erweiterungsbegründung nach Kategorien

In % der Vorsorgeeinrichtungen



[Unterlagen / Download Studie / NZZ](#)

### ASSEKURANZ

## Pensionierungsverluste – Helvetia rechnet vor

31. Mai 2018



Die Helvetia Versicherung gehört zum kleinen Club der Versicherer, die noch eine Vollversicherung anbieten. In einer Mitteilung zur Jahresrechnung 2017 heisst es:

"Hauptsächlich wegen den steigenden Anforderungen an die Verwaltung durch die **regulatorischen Vorgaben** und wegen verschiedenen Vorkehrungen rund um die inzwischen gescheiterte Reform Altersvorsorge 2020 ist der Betriebsaufwand um 11 Mio. Franken auf 99.7 Mio. gestiegen. Der Aufwand pro aktiv versicherte Person nahm um 51 auf 479 Franken zu.

Die **Vermögensverwaltungskosten** einschliesslich der Verwaltung der Immobilien blieben mit einem Anteil von 0.3 Prozent an den Kapitalanlagen nahezu stabil. Die Netto-Performance auf den verwalteten Vermögen erreichte zu Marktwerten 1.66 Prozent gegenüber 2.29 Prozent im Vorjahr.

Die **Zahl der Versicherten** stieg um 1.7 Prozent auf 226 168. Derweil nahm die Anzahl Kollektivverträge leicht um 311 auf 17 498 ab. Vor allem bei der Zeichnung von Neugeschäft in der Vollversicherung ist Helvetia weiterhin sehr zurückhaltend. Der Grund dafür liegt in den realitätsfremden Parametern. Angesichts des viel zu hohen Umwandlungssatzes

im BVG-Obligatorium kam es auch im vergangenen Jahr wieder zu **massiven Quersubventionierungen** von den aktiv Versicherten zu den

Rentenbezügern. Laut Berechnungen von Helvetia erreichten sie im vergangenen Jahr über CHF 160 Mio. und machten so rund 80 Prozent der Risikoprämien der aktiv Versicherten aus.

Mit dem geltenden **Umwandlungssatz** von 6.8 Prozent im BVG-Obligatorium machten die Verrentungsverluste rund 34 Prozent des verrenteten Altersguthabens aus. Das Altersguthaben jedes Neurentners, jeder Neurentnerin muss somit pro 100'000 um rund 34'000 Franken verstärkt werden, damit die Rente bis ans Lebensende gewährleistet werden kann. Dauert die Tiefzinsphase weiter an und werden die Rahmenbedingungen nicht angepasst, so könnten die sogenannten Umwandlungssatzverluste gemäss Modellberechnungen bis 2027 um **bis zum Dreifachen** ansteigen."

 [Helvetia / Kommentar NZZ](#)

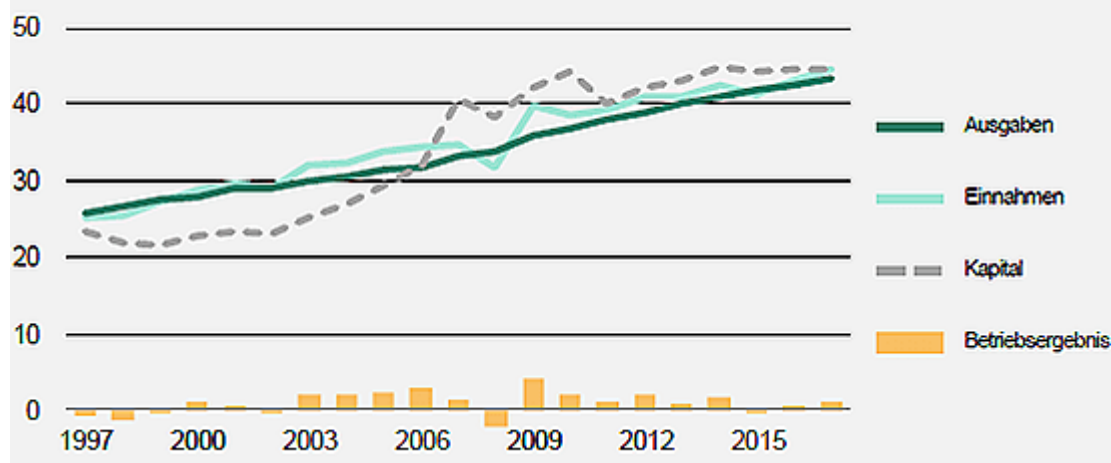
## SOZIALVERSICHERUNG

# AHV / IV-Statistik 2017

9. Juni 2018

### AHV

#### 1 Entwicklung der Situation der AHV, 1997–2017 (in Mrd. Franken)



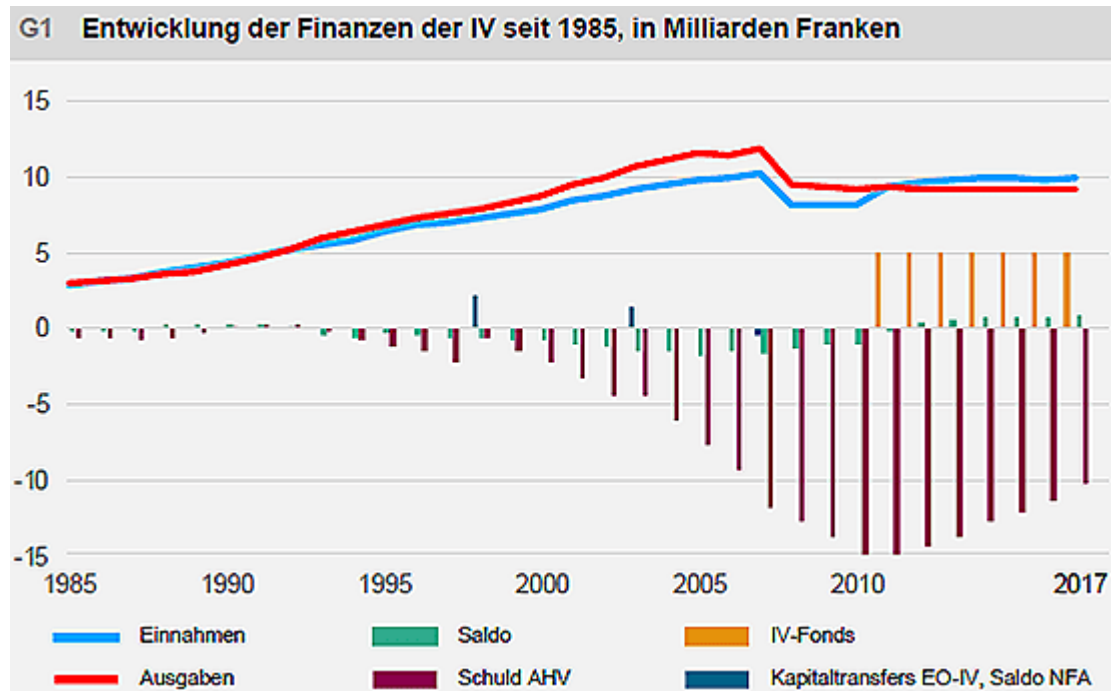
Im Dezember 2017 erhielten 2'324'800 Personen eine Alters- und 186'300 eine Hinterlassenenrente. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von Altersrenten um 39'400 Personen, d. h. um 1,7 % zugenommen. Davon wurden 12'800 AHV-Renten an Versicherte im Ausland entrichtet.

Mit 31 Milliarden stammt der grösste Teil der Einnahmen aus den Beiträgen der Versicherten. Der Bund als zweitwichtigste Finanzierungsquelle steuerte 8,5 Milliarden Franken bei. Über das Mehrwertsteuerprozent zugunsten der AHV wurden Einnahmen von 2,4 Milliarden Franken erzielt.

Die Finanzierung der AHV basiert auf dem Umlageverfahren, das heisst, die jährlichen Einnahmen sollten die jährlichen Ausgaben decken. Das war 2017 beim Umlageergebnis der

AHV nicht der Fall. Die Ausgaben von 43,3 Milliarden überstiegen die Einnahmen von 42,3 Milliarden um 1039 Millionen Franken. 2016 war dieser Ausgabenüberschuss durch die Erträge des AHV-Fonds sowie durch die Zinsen auf Forderungen der IV gedeckt (2126 Millionen Franken).

#### IV



Die Eidgenössische Invalidenversicherung (IV) richtete 2017 an rund 432'000 Personen Leistungen aus. Dank Einnahmen von 10,0 und Ausgaben von 9,2 Milliarden Franken konnte ein positives Umlageergebnis von 0,8 Milliarden Franken erzielt werden. Den grössten Ausgabenteil bildeten die Renten mit 5,3 Milliarden Franken.

Von 249'000 Invalidenrenten wurden rund 219'000 in der Schweiz und 31'000 im Ausland ausgerichtet. Die individuellen Massnahmen – sie sollen die Eingliederung invalider oder von Invalidität bedrohter Personen ermöglichen – kosteten 1,8 Milliarden Franken und kamen rund 200'000 Versicherten zugute. Mit 106'000 Leistungen standen die medizinischen Massnahmen (vor allem bei Kindern mit Geburtsgebrechen) an der Spitze, es folgte die Abgabe von Hilfsmitteln an 66'000 Personen. Für rund 41'000 Personen vergütete die IV berufliche Massnahmen im Umfang von 690 Millionen Franken.

 [AHV-Statistik](#) / [IV-Statistik](#)

## Ständerat gibt Kapital-Bezugsverbot auf

31. Mai 2018



Der Ständerat macht in der Reformdebatte zu den Ergänzungsleistungen eine Kehrtwende. Er lehnt nun das vom Bundesrat vorgeschlagene Verbot für den Bezug von obligatorischem Alterskapital in der beruflichen Vorsorge bei der Pensionierung ab. Hansueli Schöchli informiert in der NZZ:

"Der Sprecher der Sozialkommission, der Luzerner CVP-Ständerat **Konrad Graber**, brachte für allem zwei Gründe vor, weshalb die Kommission das Verbot einstimmig ablehnte. Zum einen sei die Ablehnung im Nationalrat sehr deutlich gewesen, so dass sich am Ende die Version des Nationalrats wohl ohnehin durchsetzen werde, und zum zweiten habe die Sozialkommission in anderen Punkten Beschlüsse gefasst, die grössere Einsparungen brächten, als es das Verbot des Kapitalbezugs tun würde. Am Ende sprach sich der Ständerat mit 25 zu 15 Stimmern bei drei Enthaltungen gegen das Verbot aus. Das Thema ist damit im Prinzip vom Tisch, da hier nun keine Differenz mehr zum Nationalrat besteht."

---

## Swaps, swapped: Switzerland's AHV moves into physical gold

9. Juni 2018

Switzerland's AHV fund is shifting to physical gold for the commodity exposure in its CHF35.2bn portfolio. At the end of last week the first pillar buffer fund tendered a custodianship and storage for CHF700m in gold bars via IPE Quest.

The bars are to be stored in Switzerland either collectively or individually, the tender states. The tender marks a shift in the investment strategy for AHV/AVS, as it previously only invested in gold and silver via swaps.

"The supervisory board has decided we are to invest in physical gold bars from now on," the fund told IPE in a statement. In 2016 the supervisory board of the buffer fund decided to raise its the commodities exposure from 1% to 2% while divesting from energy-related commodity exposure.

The fund explained last year that gold was better suited to add "diversification and hedging in certain situations (inflation or recession)" than the previously preferred energy commodities.



INTERNATIONAL

## Deutschland versucht das Betriebsrentenstärkungsgesetz

2. Juni 2018



Wir haben viel zu klagen in der Schweiz über eine immer unübersichtlich werdende und den Realitäten hinterher hinkende Vorsorge-Gesetzgebung. Da kann ein Blick nach Deutschland trösten. Dort soll die Betriebsrente, also die berufliche Vorsorge, gestärkt werden. Das tönt dann so:

Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz will der Staat die Betriebsrente attraktiver machen. Zunächst für die Angestellten. Denn der Chef muss nun mindestens 15 Prozent Zuschuss auf den Sparbetrag obendrauf legen. Fördert er Geringverdiener, kann er sich den Zuschuss teilweise zurückholen, sagt Klaus Stiefermann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung: „Ein Arbeitgeber, der für einen Arbeitnehmer eine betriebliche Altersversorgung einrichtet, der bekommt 30 Prozent der Aufwendungen, die er dafür hat, später vom Staat zurückerstattet.“ Der Begriff des Geringverdieners sei dabei weit gefasst. Die Grenze liegt bei 2.200 Euro im Monat und zwar unabhängig davon, ob jemand Teilzeit oder Vollzeit arbeitet.



---

## The World's Biggest Pension Fund Struggles With Sustainability

11. Juni 2018



Japan's Government Pension Investment Fund has nearly \$1.5 trillion in assets and a legion of external asset managers running its portfolio. The [GPIF](#) sees itself as a "super-long-term investor" with the goal of a century or more of sustainable investment and outflows. Managing money for that long is a matter of stewardship, not just picking assets — and in the past few years, the GPIF has included environmental, social and governance factors as part of its stewardship responsibilities.

For the past few years, the fund has asked managers "to consider the materiality" of ESG issues in companies they invest in. The results are intriguing, but they don't bode all that well for the E in ESG.

The GPIF isn't just big — it's the biggest pension fund in the world, and it's about 40 percent larger than Norway's sovereign wealth fund, the only other pool of sovereign money that exceeds \$1 trillion.

 [Bloomberg](#)

## TERMINE

# Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

## JUNI

- 18. Juni, Rüslikon  
**CFA Society Switzerland**  
Swiss Pensions Conference. [Programm](#)
- 22. Juni, Zürich  
**PPCmetrics**  
Langlebigkeit – Dauerbrenner und unterschätztes Risiko. [Infos](#)
- 27. Juni, Bern  
**AWP Soziale Sicherheit**  
Zukunftsmarkt Altersvorsorge – Performance Treiber im Wettbewerb. [Infos](#)

## AUGUST

- 29. August, Zürich  
**ZKB**  
9. Pensionskassentag. [Anmeldung](#)



The advertisement features the logo of 'Fachschule für Personalvorsorge' at the top right, which consists of three yellow pencils in a square. Below the logo, the word 'Ausbildung' is written in a serif font. The background is divided into yellow and blue horizontal bands. Several small photographs of people in professional settings are scattered across the design. At the bottom, the word 'Weiterbildung' is written in a serif font.

## Aus- und Weiterbildung

### JUNI

- 12. Juni, Lausanne  
**Kammer der PK-Experten**  
Weiterbildungstagung.
- 13. Juni, Olten  
**Fachschule für Personalvorsorge**  
Tagesseminar für Stiftungsräte (3). [Infos](#)
- 21. und 22. Juni, Unterägeri  
**Fachschule für Personalvorsorge**  
Ausbildung für Stiftungsräte (2). [Infos](#)

[weitere Termine ....](#)

#### **Impressum**

**Herausgeber:** Vorsorgeforum - [www.vorsorgeforum.ch](http://www.vorsorgeforum.ch)

**Redaktion:** Peter Wirth, [E-Mail](#)

**Inserate:** Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

**Abo:** Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter [info@vorsorgeforum.ch](mailto:info@vorsorgeforum.ch).

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

**Das Vorsorgeforum** wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.